

DEUTSCHLAND

Bundestag verabschiedet
Haushalt für 2008

BERLIN. Der Etat für das nächste Jahr sieht eine Neuverschuldung des Bundes von 11,9 Milliarden Euro vor, eine Milliarde weniger als geplant. Die Investitionen werden gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals aufgestockt auf rund 24,7 Milliarden Euro. Dennoch bleibt es wegen Einsparungen an anderer Stelle bei Gesamtausgaben von 283,2 Milliarden Euro.

Afrikaner angegriffen

LUDWIGSHAFEN. In Rheinland-Pfalz ist ein Afrikaner Opfer eines Übergriffs mit vermutlich fremdenfeindlichem Motiv geworden. Ein 24-jähriger Deutscher hat laut Polizei in Ludwigshafen einem 20 Jahre alten Mann aus Somalia von hinten mit der Faust auf das Ohr geschlagen. Der Somalier habe den Angreifer zu Boden ringen können. Polizisten nahmen den 24-Jährigen fest.

Künast beliebteste Grüne



BERLIN. Fraktionschefin Renate Künast ist nach einer Umfrage unter 1002 Deutschen die beliebteste Grünen-Politikerin. In der Befragung für den Fernsehsender N-TV landete Parteichefin Claudia Roth dahinter. Platz 3 teilen sich Fraktionschef Fritz Kuhn, Fraktionsvize Jürgen Trittin und der Parteivorsitzender Reinhard Bütkofer. Foto: dpa

EUROPA

Kein Tag ohne Sarkozy
in den Medien

PARIS. In Frankreich ist der Aufruf zu einem Tag ohne Sarkozy in den Medien gescheitert. Auch am Freitag, den ein Verein als Stichtag ausgewählt hatte, beherrschte der französische Präsident die Schlagzeilen. Viele Zeitungen berichteten darüber, dass Nicolas Sarkozy eine Stunde auf den beiden wichtigsten Fernsehkanälen erklärte, wie er die Kaufkraft der Franzosen verbessern will.

Preise müssen klar sein

BRÜSSEL. Angebote für Flugtickets müssen künftig den Endpreis inklusive aller Steuern, Gebühren und anderer Nebenkosten enthalten. Das beschlossen gestern die EU-Verkehrsminister. Verbieten wurde auch, den Kunden abhängig von ihrem Wohnort unterschiedliche Preise für Flugtickets zu berechnen.

Labour: Polizei ermittelt

LONDON. Die Labour-Regierung in Großbritannien gerät wegen einer Parteispendenaffäre immer weiter unter Druck. Nach tagelangen Vorwürfen der Opposition bestätigte die Polizei, dass sie wegen des Verdachts illegaler Zuwendungen an die Labour-Partei Ermittlungen einleitet. Scotland Yard folgt damit der Aufforderung der Wahlkommission.

Illegale stürmen Hafen

PATRAS. Rund 250 aufgebrachte illegale Einwanderer sind in den Hafen der westgriechischen Hafenstadt Patras eingedrungen und haben Lastwagen und Autos beschädigt. Der Protest der hauptsächlich aus Afghanistan stammenden Menschen richtete sich gegen Besatzungsmitglieder der Fähre, die einen ihrer Landsleute verprügelt haben sollen. dpa

Thema des Tages Hubertus Heil

Wie reagiert die SPD auf Kritik der Union am Außenminister? Wie geht es weiter beim Thema Mindestlöhne? SPD-Generalsekretär Hubertus Heil äußert sich im Interview.

„Die Kanzlerin ruderte
wegen der Wahlen bei“

SPD will bei Mindestlöhnen weiter Druck machen – Rückhalt für Juso-Chefin

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil will weitere Mindestlohn-Regelung. Mit dem Abgeordneten aus Peine sprach Christian Kerl.

Herr Heil, die CDU attackiert Ihren Außenminister immer schärfer: Parteivize Koch wirft ihm vor, er schade dem Land. Was sagen Sie?

Das ist falsch und unanständig – aber von Herrn Koch ist man nichts anderes gewöhnt. Frank-Walter Steinmeier dient als Außenminister unserem Land. Er macht eine kluge Politik im Sinne Willy Brandts. Unsere Außenpolitik ist im Interesse von Menschenrechten. Dafür setzen wir auf Kooperation und Dialog. Denn mit Konfrontation erreicht man nichts – weder für Deutschland noch für die Menschenrechte. Wir brauchen den Dialog auch mit China und Russland. Was Herr Koch macht, ist ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver.

Der Ton bleibt so scharf – auf ihrem Parteitag nächste Woche setzt die CDU auf scharfe Abgrenzung...

Die Union ist nervös. Die CDU will auf ihrem Parteitag vor allem beschließen, was sie nicht will. Ihr Leitartikel ist ein Tunix-Antrag – keine Mindestlöhne, keine fairen Bedingungen für Zeit- und Leiharbeiter, keine Bildungsreformen. Oder ist für die CDU nur Reform, wenn man den Bürgern in die Tasche greift? Das CDU-Treffen erinnert an eine vorgezogene Weihnachtsfeier: Die einen müssen vorsingen, die anderen dürfen Gedichte aufsagen – aber substantiell wird nur deutlich, die CDU hat keine neuen Ideen. Das darf uns in der Koalition aber nicht aufhalten.

Die SPD wird alles dafür tun, dass wir jetzt nicht in einen vorgezogenen Bundestagswahlkampf ziehen, sondern die Koalition bis zum Schluss ihre Arbeit macht.

Trotz der Scharmützel hat sich die Koalition auf einen Post-Mindestlohn geeinigt. Wie passt das zusammen?

Wir Sozialdemokraten wären schon früher einigungsfähig gewesen, wenn die Union mitgezogen hätte. Wir wollen eben nicht so



Der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil.

Archivfoto: dpa

wichtige Weichenstellungen im Interesse der Menschen für Wahlkämpfe aufsparen. Mindestlohn ist wichtig für die Menschen, die Briefe befördern, damit sie von ihrer Arbeit auch ordentlich leben können. Darum haben wir so viel Druck gemacht.

Aber die Einigung überraschte...

„Die CDU hat keine neuen Ideen. Das darf uns in der Koalition aber nicht aufhalten“

Hubertus Heil

Es hat sicher mit den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen zu tun, dass Frau Merkel jetzt begerudert hat. Genau weiß man ja manchmal nicht, was für eine Überzeugung sie

hat. Frau Merkel hat gemerkt, dass ihr Verhalten im Koalitionsausschuss, als sie sich nicht an Abmachungen hielt, auch öffentlich nicht gut ankam. Dass sie umgekehrte, ist eine gute Nachricht.

Geht es beim Mindestlohn weiter?

Wir dürfen da nicht stehen blei-

ben. Die SPD wird weiter Druck machen und dafür sorgen, dass auch andere Branchen ins Entsendegesetz geholt werden – wie wir es in der Koalition vereinbart haben. Ich gehe davon aus, dass sich die Union jetzt an ihr Wort hält. Es geht zum Beispiel um das Bewachungsgewerbe, Zeit- und Leiharbeiter oder die Fleisch verarbeitende Industrie. Es bleibt aber auch unser Ziel, für Bereiche, in denen es gar keine Tarifbindung gibt, den gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen. Wir dürfen Lohndumping nicht zulassen.

Juso-Chefin Drohsel steht in der Kritik, weil sie Mitglied der „Roten Hilfe“ ist, die auch zur Solidarität aufruft mit früheren RAF-Terroristen. Finden Sie das in Ordnung?

Franziska Drohsel kenne ich als aufrechte Demokratin. Zu versuchen, sie in eine linksextremistische Ecke zu stellen, ist böse. Die CDU versucht damit ein Thema hochzukochen, um davon abzulenken, dass sie bei wirklich wichtigen Themen verliert – etwa beim Postmindestlohn.

WELT

Geiselnahme in Hillary
Clintons Wahlkampfbüro

ROCHESTER. Bei einer Geiselnahme in einem Wahlkampfbüro von Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton in Rochester im US-Bundesstaat New Hampshire wurden gestern Nacht zwei Geiseln freigelassen. Der etwa 40 Jahre alte Geiselnahme soll einen Sprengstoffgürtel am Körper getragen haben. Clinton befand sich zu der Zeit auf Wahlkampfreise in Virginia.

Tod gefordert

KHARTUM. Tausende von Demonstranten haben in der sudanesischen Hauptstadt Khartum den Tod der britischen Lehrerin Gillian Gibbons gefordert. Gibbons war zuvor zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie in einer privaten englischen Schule in Khartum einen Teddybären Mohammed genannt hatte.

Parlament entmachtet

QUITO. In Ecuador hat die Verfassungsgebende Versammlung das Parlament entmachtet. Das Gremium schickte die Abgeordneten in die Parlamentsferien. Präsident Rafael Correa wurde in seinem Amt bestätigt, Generalstaatsanwalt Jorge German entlassen. Die Delegierten sollen innerhalb von 180 Tagen ein neues Grundgesetz ausarbeiten.

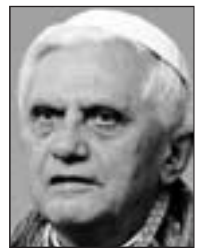
Irak-Abzug Mitte 2008

SYDNEY. Australien wird seine 580 Soldaten aus dem Irak bis Mitte nächsten Jahres abziehen. Das kündigte der designierte Premierminister Kevin Rudd knapp eine Woche nach seinem Wahlsieg an. Sein Vorgänger John Howard war einer der engsten Verbündeten von US-Präsident George W. Bush und hatte einen Abzug immer abgelehnt. dpa

MENSCHEN

Papst Benedikt XVI. (80)

hat in seiner zweiten Enzyklika dem technischen Fortschrittsglauben und materialistischen Weltanschauungen eine Absage erteilt. Den Weg aus der Sinnleere der heutigen Welt weise einzig die christliche Hoffnung, betont Joseph Ratzinger in dem in Rom veröffentlichten Lehrschreiben „Spe salvi“ (Gerettet durch Hoffnung).



Reinhard Marx (54)

wurde von Papst Benedikt XVI. zum neuen Erzbischof von München und Freising ernannt. Der bisherige Trierer Bischof tritt die Nachfolge von Kardinal Friedrich Wetter an, der die Leitung des Münchner Erzbistums wegen seines Alters von 79 Jahren abgibt. Fotos: dpa



Länder billigen schärfere Telefonüberwachung

Das ändert sich: Kleinkinderbetreuung wird ausgebaut und das Ende der Steinkohle bis 2018

BERLIN. Der Bundesrat hat eine ganze Reihe wichtiger Gesetze abschließend gebilligt. Darunter diese:

Datenschutz: Telefon- und Internet-Daten werden künftig ein halbes Jahr lang gespeichert. Die Überwachung der Telekommunikation wird auf schwere Straftaten beschränkt. Auch einzelne Geheimnisträger wie Anwälte, Ärzte und Journalisten dürfen nach Abwägen der Verhältnismäßigkeit abgehört werden.

Fonds: Die Fondsbranche soll im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähiger werden. Mit dem neuen Investmentgesetz werden neue Fonds schneller genehmigt, Anlagevorschriften gelockert und bürokratische Hürden abgebaut.

Kriegsheimkehrer: Die etwa 12000 noch lebenden ostdeutschen Kriegsheimkehrer erhalten vom Januar übernächsten Jahres an eine einmalige Entschädigung von 500 bis maximal 1500 Euro.

Krippen: Länder und Gemeinden können vom nächsten Jahr an mit dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung beginnen. Damit soll ab 2013 für jedes dritte Kind bis zu drei Jahren ein Krippen- oder Tagesmutter-Platz zur Verfügung stehen.

Preise: Energie- und Handelskonzerne unterliegen künftig einer strengeren staatlichen Preiskontrolle. Die Stromversorger müssen Kosten und Kalkulationen offenlegen.

Renten: Beiträge zu Betriebsrenten

bleiben auch nach 2008 frei von Sozialabgaben. Anwartschaften auf arbeitgeberfinanzierte Betriebsrenten gehen nicht mehr verloren, wenn ein Beschäftigter vor dem 30. Lebensjahr die Stelle wechselt.

Soziales: Mit einem Kompromiss endete der Bund-Länder-Streit über die Unterkunftskosten von Langzeitarbeitslosen. Die Länder akzeptierten um 400 Millionen Euro geringere Zuschüsse. Dafür stellt der Bund mehr Hilfen bei der Grundsicherung bedürftiger Rentner in Aussicht.

Steinkohle: Der Ausstieg aus den Milliarden-Subventionen für den Steinkohle-Bergbau im Jahr 2018 ist beschlossene Sache. Die Kosten betragen bis zu 30 Milliarden Euro.

Tierschutz: Zirkustiere werden künftig besser geschützt. Mit einem zentralen Register sollen die mehr als 300 Zirkusse und Wander-Tierschauen besser kontrolliert werden.

Unterhalt: Nach neuem Unterhaltsrecht werden die Ansprüche der Kinder ab 2008 an erster Stelle vor dem geschiedenen Ehepartner stehen. Beim Betreuungsunterhalt spielt es keine Rolle mehr, ob die Eltern verheiratet waren oder nicht.

Verkehr: Die Bundesländer erhalten nach Jahren wieder mehr Geld für den Schienen-Personenverkehr. Nach rund 6,6 Milliarden Euro in diesem Jahr erhalten die Länder im nächsten Jahr vom Bund rund 6,68 Milliarden Euro. dpa